

Antrag zum künftigen Umgang mit Vorgaben zum "Klimaschutz".

Seit Jahren wird uns erzählt, dass sich das Weltklima in rasantem Tempo erwärmt, diese Erwärmung menschenverursacht sei und sich deswegen all unser Tun diesem Wandel entgegen zu stemmen habe! Es dürfen keine Kosten gescheut werden und keine Tabus zu gelten haben!
Alle politischen Ressorts müssen sich zur "Klimaneutralität" verpflichten und all ihre Entscheidungen diesem Grundsatz unterordnen.

Es sei die grösste Herausforderung, der die Menschheit jemals gegenüberstand, dieser könne nur durch grundlegenden Wandel und einschneidende Maßnahmen entgegengetreten werden.

Die Kommunen werden durch immer strengere und umfangreichere Vorschriften personell und finanziell mehr und mehr gefordert und gebunden, so dass für die eigentlichen Aufgaben zuwenig Ressourcen übrig bleiben.

Der Ton der zur Zeit richtungsbestimmenden Gruppierungen nimmt mehr und mehr Formen von verblendetem Fanatismus an.

Wenn schon die bisherig geforderten Zielsetzung einer "Klimaneutralität" bis zum Jahre 2050, viele Fragen bzgl. der realistischen Durchführbarkeit unter der Vorgabe der Erhaltung des Industriestandorts

Deutschlands und der dadurch gewährleisteten Lebensqualität, offen lässt oder nur wage zu beantworten sucht, sind neuerliche Forderungen zur schnellstmöglichen Beendigung einer verlässlichen und kostengünstigen der Versorgung Deutschlands mit Erdöl und Erdgas, nur noch mit dem vollständigen Verlust eines Realitätsbezugs verschiedener Entscheidungsträger zu erklären. Jeder "normale" Bürger fragt sich nicht erst seit heute, wie in einem hochentwickelten Industrieland wie Deutschland, eine solche Politik funktionieren soll, ohne dass ein massiver Wohlstandsverlust durch Arbeitsplatzabbau, oder sogar die Vernichtung des Industriestandorts Deutschlands, in Kauf genommen werden muss!

In den vergangenen Jahren wurden große Flächen der landwirtschaftlichen Erzeugung geraubt, um Solarparks in der offenen Landschaft zu bauen. Die gesamte Republik wird mit immer grösseren Windrädern verschandelt, um eine vermeintlich "klimaneutrale" Stromversorgung zu gewährleisten. Um die vermeintliche "Klimaneutralität" noch schneller erreichen zu können, wurde der Artenschutz weitestgehend außer Kraft gesetzt und in den Staatswäldern die tabulose Vorgehensweise ausgerufen.

Diese Industrieanlagen zur Produktion von "erneuerbarer" Energie werden durch extrem hohe Subventionen zu Goldeseln von Investoren. In Folge davon sind die Strompreise in Deutschland die höchsten in Europa. Die ganze, von immer mehr pseudoreligiösem Dogmatismus, geprägten "Klimapolitik" hat sich längst als eine Gelddruckmaschine für gewisse Lobbykreise entlarvt.

Wenn wir in Deutschland noch weitere 200.000 Windräder und noch viele tausend Quadratkilometer an Solarparks dazu bauen, werden wir mit Sicherheit vieles erreichen: zertörte Wälder, versiegelte Böden, weniger Anbaufläche für Nahrungsmittel, Zerstörung der Artenvielfalt, unbezahlbare Strompreise und damit die Zerstörung des Industriestandorts Deutschland. Nur eines werden wir mit Sicherheit nicht erreichen - die "Verbesserung" des Weltklimas!

Die ganze Verlogenheit der "Klimapolitik" wird durch die, als vorübergehend bezeichnete, angestrebte Versorgung Deutschlands mit Flüssiggas aus Ländern wie Katar, wo tausende von

Sklavenarbeiter beim Bau der Fussballstadien zu Tode kamen, Frauen rechtlos sind, oder gar den Bezug von amerikanischem Frackinggas, welches in seiner negativen Umweltbilanz kaum zu überbieten ist, entlarvt.

Die aktuelle "Klimapolitik" muss als einer der grössten Lobbycoups der Geschichte erkannt werden. Mit dieser Politik wird nicht die "Rettung des Klimas" angestrebt, sondern die Umverteilung von großen Teilen des Volksvermögens in die Hände weniger.

Aus kommunaler Sicht ergibt sich schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus ein sparsamer, an sachlichen Erfordernissen orientierter Umgang mit Ressourcen.

In diesem Frühjahr besuchte eine Abordnung des Gemeinderates und Vertretern der "Bürgerenergie Nidereschach" die Gemeinde Gutach i.B., um dort die Wärmeversorgung öffentlicher Gebäude durch eine, als fast autark zu bezeichnende, Eisspeichertechnologie zu besichtigen.

Uns wurde im Gemeinderat sehr positiv und überzeugend darüber berichtet.

Diese Technologie scheint gerade für neu zu entwickelnde Bau- und Gewerbegebiete wie geschaffen, versorgt sie doch fast unabhängig von von außen zugeführter Energie die Gebäude zuverlässig mit Wärme.

Ich bin überzeugt davon, dass uns nur die Konzentration auf solche Technologien, die ohne zusätzlichen Flächenverbrauch und mit wenig störenden Einwirkungen auf die Umwelt, den richtigen Weg in eine Ressourcen schonende Zukunft weist.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen alle in Zukunft an ihn herangetragenen Forderungen zur "Rettung" der Klimas, seien es Dokumentationen, Wettbewerbe, Ausweisung von Flächen für Windparks, usw. abzulehnen.

Sollte die Gemeinde z.B. durch Androhung von Strafe gezwungen sein, gegen diesen Beschluss zu handeln, soll sich die Gemeinde nur unter ausdrücklichem Protest beugen!

Desweiteren möge der Gemeinderat beschließen, die Verwaltung damit zu beauftragen, im Zusammenhang mit den in Zukunft zu entwickelnden Wohn- und Gewerbeflächen, die Wärmeversorgung mit der "Eisspeichertechnologie", oder ähnlichen Technologien, als eine erstrebenswerte Energieversorgung in die Planung mit aufzunehmen.

